

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 9. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. März 2010, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>   | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| <b>1. Einzelbetriebliche Förderung</b>   | <b>4</b>     |
| Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>Umdruck 17/430   |              |
| <b>2. Statistikamt Nord</b>  | <b>5</b>     |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>Umdruck 17/430  |              |
| Vorlagen des Innenministeriums<br>Umdrucke 17/401 und 17/426   |              |
| <b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes</b>   | <b>8</b>     |
| Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP<br>Drucksache 17/250  |              |
| (überwiesen am 25. Februar 2010)   |              |
| <b>4. Verfahrensstand der Verhandlungen bezüglich des Abschlusses einer Verwaltungsvereinbarung zur Auszahlung von Konsolidierungshilfen</b>   | <b>9</b>     |
| Vorlage des Finanzministeriums<br>Umdruck 17/423   |              |
| <b>5. Information/Kenntnisnahme</b>  | <b>10</b>    |
| Umdruck 17/311 - Städtebauförderung und Investitionspakt 2009<br>Umdruck 17/312 - Zensusgesetz 2011<br>Umdruck 17/313 - Anstalt Landesforsten<br>Umdruck 17/422 - Eltern-Kind-Zentren<br>Umdruck 17/371 (neu) - Über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2009<br>vertraulicher Umdruck 17/331 - Ostsee-Akademie |              |
| <b>6. Verschiedenes</b>  | <b>11</b>    |

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Einzelbetriebliche Förderung**

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/430

Die Punkte 2 und 3 des Antrages Umdruck 17/430 werden einstimmig angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Statistikamt Nord**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/430

Vorlagen des Innenministeriums  
Umdrucke 17/401 und 17/426

Auf Fragen von Abg. Heinold führt St Dornquast aus, der Staatsvertrag aus dem Jahr 2003 sehe zwei Vorstandsstellen beim Statistikamt Nord vor. Ab Juni 2011, wenn das andere Vorstandsmitglied in den Ruhestand gehe, wolle man mit einem Vorstand auskommen. Dafür müsse der Staatsvertrag angepasst werden. Bis dahin müsse die besondere Aufgabe der Volkszählung bewältigt werden; außerdem sei der bisherige zweite Vorstand gleichzeitig Leiter einer Abteilung.

Nachdem Anfang Mai 2009 das Vorstandsmitglied den Antrag gestellt habe, zum 31. Dezember 2009 in Ruhestand zu gehen, habe der Verwaltungsrat diesem Antrag im Juli 2009 zugestimmt. In der Folgezeit habe die Hamburger Behörde für Inneres im Einvernehmen mit dem schleswig-holsteinischen Innenministerium die Modalitäten für eine Ausschreibung zur Nachbesetzung des Vorstandspostens festgelegt. Die Ausschreibung sei in der üblichen Form öffentlich in der zweiten Novemberhälfte 2009 durchgeführt worden. Die Auswahlgespräche hätten am 4. und 8. Februar 2010 stattgefunden, und am 8. Februar 2010 habe sich der Verwaltungsrat dafür entschieden, einen Bewerber aus Nordrhein-Westfalen zum 1. Mai 2010 einzustellen.

P Dr. Altmann kritisiert die Entscheidung und hält es weder für sachlich gerechtfertigt noch für haushaltspolitisch vertretbar, die zweite Vorstandsstelle des Statistikamts Nord wieder zu besetzen, bei dem mögliche Synergien nach wie vor nicht ausgeschöpft würden. Außerdem weist er auf einen Widerspruch in den Einlassungen des Innenministeriums hin: Während im Schreiben vom 10. Februar 2010 die Rede davon sei, dass die zweite Vorstandsstelle jetzt ausgeschrieben werde, habe der Staatssekretär soeben und in Umdruck 17/426 mitgeteilt, dass die Auswahlgespräche und die Personalentscheidung bereits Anfang Februar stattgefunden hätten.

Abg. Loedige bekräftigt das Ziel, den seinerzeit von der rot-grünen Landesregierung unterzeichneten Staatsvertrag dahin zu ändern, zukünftig nur noch ein Vorstandsmitglied und einen

Standort zu haben. Sie stellt den Antrag, die Landesregierung aufzufordern, in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen über die Entwicklung des Zuschusses an das Statistikamt Nord zu berichten.

Abg. Koch stellt fest, dass man Einvernehmen habe, die Landesregierung aufzufordern, in Verhandlungen mit Hamburg über eine Änderung des Staatsvertrages einzutreten, damit der Vorstand des Statistikamts Nord zeitnah nur noch mit einer Stelle besetzt werde.

Abg. Herdejürgen schließt sich der Forderung von P Dr. Altmann an, die Leitung des Statistikamts Nord auch nicht mehr für eine Übergangszeit doppelt zu besetzen. Sie fragt, inwieweit die getroffene Personalentscheidung rechtlich verbindlich sei.

Abg. Heinold erinnert daran, auf welche Widerstände die Kooperation oder Zusammenlegung von Behörden in der Vergangenheit gerade auch seitens der FDP gestoßen sei. Die Haushaltslage des Landes zwinge dazu, Synergieeffekte vollständig auszuschöpfen, und dazu gehöre auch der Verzicht auf eine Wiederbesetzung der zweiten Leitungsstelle. Sie wundere sich, dass die Landesregierung nicht von sich aus die notwendigen Schritte eingeleitet und ihren Einfluss gegenüber Hamburg geltend gemacht habe, und bittet das Innenministerium, zu seinen widersprüchlichen Aussagen Stellung zu nehmen.

P Dr. Altmann macht darauf aufmerksam, dass für die Nichtbesetzung einer Stelle keine Änderung des Staatsvertrages erforderlich sei. Außerdem bittet er um nähere Informationen zum Ausschreibungs- und Auswahlverfahren. Es gehe um die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik.

Auch Abg. Harms äußert sich angesichts der Einlassungen des Innenministeriums „konsterniert“. Er setzt sich dafür ein, als Finanzausschuss die Besetzung der zweiten Vorstandsposition zu stoppen.

Abg. Schippels beanstandet ebenfalls, dass das Innenministerium die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung mit Umdruck 17/401 falsch informiert habe.

St Dornquast entschuldigt sich für die Formulierung in dem an die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung gerichteten internen Schreiben vom 10. Februar 2010, Umdruck 17/401, und korrigiert die Aussage dahin, die Stelle sei ausgeschrieben worden und werde jetzt besetzt.

Abg. Heinold möchte wissen, ob die Besetzung ohne finanziellen Schaden für das Land noch gestoppt werden könne und was ein Abteilungsleiter und ein Vorstandsmitglied kosteten.

St Dornquast sagt zu, die letztgenannte Frage schriftlich zu beantworten. Er wiederholt die bereits in der Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung am 14. Januar 2010 mitgeteilte Absicht, es bestehe Einvernehmen mit Hamburg, zukünftig mit einer Vorstandsposition zu arbeiten. Man halte es allerdings für richtig, für eine Übergangszeit von einem Jahr den Vorstand noch mit zwei Personen zu besetzen. Vorgesehen sei, dass der am 8. Februar 2010 vom Verwaltungsrat ausgewählte Bewerber aus Nordrhein-Westfalen den Vorstandsposten zum 1. Mai 2010 antrete. Es gebe bisher keine Versetzungsverfügung; es sei allerdings aus Gründen der Glaubwürdigkeit schwierig, die Entscheidung rückgängig zu machen. Man könnte allenfalls darauf hinwirken, den Versetzungszeitpunkt auf den 1. Oktober 2010 oder 1. Januar 2011 zu verschieben.

Abg. Herdejürgen spricht sich dafür aus, den Termin der Einstellung auf das kommende Jahr zu verschieben, um eine Doppelbesetzung möglichst zu vermeiden.

Abg. Harms stellt folgenden Antrag: „Der Finanzausschuss lehnt eine Wiederbesetzung der zweiten Vorstandsstelle beim Statistikamt Nord 2010 ab. Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf, tätig zu werden, um die Wiederbesetzung auf den 1. Januar 2011 zu verschieben.“

Satz 1 des Antrages wird mit sieben Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen sechs Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt; Satz 2 wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Einstimmig wird der Antrag von Abg. Loedige angenommen, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, über die Zuschussentwicklung beim Statistikamt Nord in einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses zu berichten. Ebenfalls einstimmig wird der Antrag von Abg. Koch angenommen, die Landesregierung aufzufordern, in Verhandlungen mit Hamburg über eine Änderung des Staatsvertrages einzutreten, damit der Vorstand des Statistikamts Nord zeitnah nur noch mit einer Stelle besetzt wird.

Abg. Heinold äußert sich enttäuscht darüber, dass die Koalition nicht die Chance nutze, wenigstens den Termin der Einstellung zu verschieben, sondern die teure Doppelbesetzung beschließe.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/250

(überwiesen am 25. Februar 2010)

Der Finanzausschuss bittet den federführenden Innen- und Rechtsausschuss, ihn an der vorgesehenen Anhörung zu beteiligen. Der Finanzausschuss schlägt vor, die mündliche Anhörung Anfang Mai durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin des Innen- und Rechtsausschusses bis Ende nächster Woche benannt werden.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Verfahrensstand der Verhandlungen bezüglich des Abschlusses einer  
Verwaltungsvereinbarung zur Auszahlung von Konsolidierungshilfen**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 17/423

Auf Fragen von Abg. Herdejürgen teilt St Dr. Bastian mit, ebenso wie der Bund hätten die fünf Konsolidierungsländer ein Gutachten insbesondere zur Berechnung der Konjunkturkomponente und des strukturellen Haushaltsdefizits in Auftrag gegeben. Die Konsolidierungsländer seien bemüht, mit dem Bund möglichst bald in Verhandlungen über Eckwerte einzutreten. Die Landesregierung beabsichtige, die Entscheidung über den Landeshaushalt vor der Sommerpause zu treffen. An der Vereinbarung zum Abbaupfad, der allein für den Landeshaushalt und nicht für die Kommunen definiert werde, werde der Landtag beteiligt.

Auf eine Frage von Abg. Harms erwidert er, die Grundentscheidungen lägen als Ergebnis einer Verfassungsreform fest. Sobald die Gutachten vorlägen, werde man dem Finanzausschuss deren Ergebnisse vorstellen und die konkreten Verhandlungen mit dem Bund möglichst im Sommer aufnehmen. Geschäftsgrundlage der Verhandlungen sei, dass das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben stabil bleibe und Reformen des Bundes für den Landeshaushalt aufkommensneutral seien oder entsprechend kompensiert würden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 17/311 - Städtebauförderung und Investitionspakt 2009

Umdruck 17/312 - Zensusgesetz 2011

Umdruck 17/313 - Anstalt Landesforsten

Umdruck 17/371 (neu) - Über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2009

Umdruck 17/422 - Eltern-Kind-Zentren

vertraulicher Umdruck 17/331 - Ostsee-Akademie

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 17/312 - **Zensusgesetz** 2011 - möchte Abg. Herdejürgen wissen, inwieweit es über die kommunalen Erhebungsstellen Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden gebe.

Auf Fragen der Abg. Harms und Schulze zu Umdruck 17/313 erwidert der Leiter der **Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten** Herr Knierim, nicht verbrauchte Mittel flössen in eine Rücklage und würden in den nächsten Jahren für die Neuwaldbildung eingesetzt. Die Zahlen bei der Waldpädagogik entwickelten sich wieder nach oben.

Zu Umdruck 17/422 - **Eltern-Kind-Zentren** - fragt Abg. Heinold, inwieweit es sich bei der U 3-Förderung um Bundesgelder handele, woraus die Zuschüsse von jährlich 20.000 € gezahlt würden und für welchen Zeitraum sie vorgesehen seien.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Heinold bittet das Innenministerium, zur Idee eines Altschuldenfonds für die Kommunen schriftlich Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:25 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer